

## Öffentliche Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 30.09.2020  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:42 Uhr  
**Ort, Raum:** Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

##### CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU	
Johannes Ehm	CDU	
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU	
Simon Tinnes	CDU	
Ulrike Biermann	CDU	
Doris Darimont-Doll	CDU	ab TOP 4, ab 17:34 Uhr
Matthias Görgen	CDU	ab TOP 4, ab 17.34 Uhr
Manfred Klein	CDU	
Axel Ripplinger	CDU	
Stefan Dorbach	CDU	
Therese Schmitt	CDU	
Hans-Joachim Horf	CDU	
Thomas Klein	CDU	
Jürgen Auweiler	CDU	
Dr. Manfred Kost	CDU	
Maria Bänsch	CDU	ab TOP 8; ab 17:49 Uhr

##### SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD

Sebastian Palz	SPD	
Silvia Prinz	SPD	
Manfred Klein	SPD	
Nikolaus Lorenz	SPD	
Martina Holzner	SPD	
Arndt Oehm	SPD	ab TOP 4, ab 17:34 Uhr

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	

FWM-/FDP-Fraktion

Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig	ab TOP 4, ab 17:34 Uhr
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig	
Karsten Thomaser	FDP	

Ortsvorsteher

Claus Linz	SPD	
------------	-----	--

Verwaltung

Sylvie Rauch  
Thomas Klein  
Lydia Müller  
Hermann Friedrich  
Arno Jung  
Christian Bies  
Christian Wurzer  
Brigitte Theisen  
Oliver Nollmeyer  
Vera Braun  
Linda Dreuße  
Stefan Mettler

**Abwesend**

CDU-Fraktion

Angelika Conrad	CDU	entschuldigt
-----------------	-----	--------------

SPD-Fraktion

Giuseppe D`Auria	SPD	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Fraktion B'90/Die Grünen  
Heinz Temmes

Bündnis '90/DIE GRÜNEN entschuldigt

DIE LINKE-Fraktion  
Hannah Spanier  
Frank Hackenberger

DIE LINKE  
entschuldigt  
entschuldigt

AfD-Fraktion  
Jörg Ulrich Gruhn  
Dieter Leistenschneider

AfD  
AfD  
entschuldigt  
entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
  - 2 Fortführung der Kofinanzierung zur Bundesförderung für das Mehrgenerationenhaus Merzig des SOS Kinderdorfes im Zeitraum 2021-2028 2020/528
  - 3 Namensgebung und Logo des Tierpark der Kreisstadt Merzig 2020/594
  - 4 Ausweisung von Sanierungsgebieten 2020/516
  - 5 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Personalstellplätze Firma Heisel" im Stadtteil Besseringen der Kreisstadt Merzig 2019/267
  - 6 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung und Behandlung des Ergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2019 2020/557
  - 7 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019 2020/590
  - 8 Spielplatzkonzept - Antrag Bündnis 90/Die Grünen 2020/642
  - 9 Verkauf von Grundstücken mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald" im Stadtteil Besseringen, erneutes Interessenbekundungsverfahren 2020/619
  - 10 Schaffung der Stelle einer stellvertretenden pädagogischen Gesamtleitung für die Kindertagesstätten im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 2020/571
  - 11 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

---

### 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

---

### 2 Fortführung der Kofinanzierung zur Bundesförderung für das Mehrgenerationenhaus Merzig des SOS Kinderdorfes im Zeitraum 2021-2028 2020/528 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende betont, dass dies ein sehr wichtiges Projekt in Merzig sei und hervorragend umgesetzt werde von SOS. Daher wolle man dies fortführen.

#### Beschluss:

Die Kofinanzierung des Bundesprogrammes für das Mehrgenerationenhaus Merzig des SOS Kinderdorfes für die Förderperiode 2021 – 2028 in Höhe von jährlich 5.000,00 € wird fortgeführt.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

### 3 Namensgebung und Logo des Tierpark der Kreisstadt Merzig 2020/594 ungeändert beschlossen

#### Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Namen „Tier- und Arche-Park Merzig“ sowie die Logo-Variante 4.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

Wie der Vorsitzende erklärt, sei dies ein Projekt, das viel Zeit und Arbeit gekostet habe. Aber der Aufwand habe sich absolut gelohnt. Dies sei wichtig für die zukünftige Gestaltung der Stadt, insbesondere in den Stadtteilen.

Ratsmitglied Auweiler (CDU) erklärt, man habe im Jahr 2018 gemeinsam mit der SPD einen Antrag auf den Weg gebracht, mit dem man die Stadtteile stärken wolle. Insgesamt wolle er der Stadtverwaltung herzlich danken, vor allem Herrn Bies mit seinem Team, dass der Antrag aufgegriffen und in ein hervorragendes Konzept umgesetzt worden sei mit den 6 Säulen. Eine Säule werde man mit dem aktuellen Antrag, sofern er heute die Mehrheit bekomme, auf den Weg bringen. Der CDU-Stadtratsfraktion sei es sehr wichtig, und das habe man in den letzten Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass man die Stadtteile stärken wolle. Man habe bereits in der Vergangenheit im Bereich Spielplatzkonzept einige Dinge auf den Weg gebracht. Es werde nicht heute zur Abstimmung kommen, vielleicht in der nächsten oder übernächsten Stadtratssitzung. Auch da habe die CDU gemeinsam mit der Verwaltung und ihrem Partner einen Anreiz geschaffen, fast 200.000 Euro in die Stadtteile, in die Bevölkerung zu bringen. Wieder zurückführend auf den heutigen Antrag weist Ratsmitglied Auweiler darauf hin, dass die Saarbrücker Zeitung einen Artikel 2018 mit dem Titel überschrieben habe: „Kampf gegen Leerstand und für junge Leute“. Das sei auch das gewesen, was die CDU Fraktion, was man gemeinsam als Team mit der SPD machen wollte. Man habe für diese 6 Säulen ein Konzept entwickelt, das insbesondere die Ortskerne stärkt, das gegen Strukturwandel und Probleme vorgehe und Leerstände vermeide. Die heutige Beschlussfassung sage aus, dass man anfangen wolle mit der Sanierung. Man habe insgesamt 8 Ortsteile benannt, in Abstimmung mit dem Ausschuss. Man wisse sehr wohl, dass es in allen Ortsteilen Bedarf gebe, aber man müsse mit einem Weg anfangen. Mit den 8 Stadtteilen würde man nun beginnen. Sehr gut finde er auch, dass die Ortsräte einbezogen seien. Nicht nur eingebunden, indem man sie anhört, sondern auch frage, wie dort die Ideen sind. In einigen Ortsräten seien Erweiterungen der Sitzungsvorlage kundgetan worden. Nach Rücksprache mit dem Fachbereich sei klar, dass diese Dinge mit den Ortsräten zusammen entwickelt würden, praktisch in die Projektierungsphase gehen. Man werde dann sehen, wenn dieses Konzept auf die Beine gestellt worden sei, wie die (...) aussehe. Er wolle sich auch dafür bedanken, dass man auf dem Bietzerberg und in Besseringen Dorfentwicklungskonzepte auf den Weg gebracht habe, so dass auf dem Bietzerberg im Anschluss an das integrierte Dorfentwicklungskonzept mit dieser (...) auch beginnen. Auch das bringe zum Ausdruck, dass die Stadtteile, die Dörfer ebenfalls im Fokus stünden. Man habe als Politik die Sanierungsgebiete vorgeschlagen. Es sei ein gutes Verfahren auf den Weg gebracht worden, ein vereinfachtes Verfahren. Da habe man eine gute Grundlage geschaffen. Den Bürgerinnen und Bürgern seien beide Verfahren bekannt und sie könnten damit arbeiten. Hier sei aber der große Vorteil, dass es nachher keine Ausgleichsbeträge gebe, so dass hier der richtige Weg beschritten worden sei. Neben der Stärkung der Ortsteile mache man durch die Sanierung die Bausubstanz in Ortskernen nicht nur attraktiver, sondern auch klimaverbessernd. So, dass man insgesamt sage, man mache nicht nur was fürs Klima, man tue was für die Ortsteile. Deshalb werde die CDU-Fraktion nach wie vor dafür stehen, dass Merzig liebenswerter wird. Man werde weiterhin dafür arbeiten, dies weiterzuentwickeln. Daher bitte er alle Fraktionen um Zustimmung für diesen gemeinsamen Antrag, den man damals mit der SPD eingebracht hätte.

**Beschluss:**

**Zur Einleitung der Ausweisung von Sanierungsgebieten im vereinfachten Verfahren gem. § 142 Abs. 4 BauGB wird für die Stadtteile Besseringen, Bietzen, Büdingen, Har-**

lingen, Menningen, Merchingen, Schwemlingen und Wellingen die Durchführung vorbereitender Untersuchungen gem. § 142 ff BauGB beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	1

- 
- 5 **Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Personalstellplätze Firma Heisel" im Stadtteil Besseringen der Kreisstadt Merzig** **2019/267**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Ripplinger (CDU) führt aus, dass nach zum Teil sehr lebhaften Debatten der vorhabenbezogene Bebauungsplan zur Herstellung von Mitarbeiterstellplätzen für die Fa. Heisel mehrheitlich beschlossen worden sei. Umso ärgerlicher sei, dass trotz Durchführungsvertrag, der im Juni 2013 beschlossen wurde, und zweijähriger Umsetzungsfrist und einer dreijährigen Verlängerung nichts zustande gekommen sei. Die dreijährige Verlängerung sei auch bereits im letzten Jahr abgelaufen. Aus diesem Grund sei es folgerichtig, dass der Stadtrat heute den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufhebe. Der Ortsrat Besseringen sei einstimmig der Empfehlung der Verwaltung gefolgt. Für die CDU-Stadtratsfraktion signalisiere er Zustimmung zum Aufhebungsbeschluss. Die Probleme in diesem Bereich blieben jedoch bestehen. Gerade, was die Sicherheit im Straßenverkehr angehe, bestehe noch Handlungsbedarf. Der B-Werk-Parkplatz werde weiterhin als Parkplatz benachbarter Firmen genutzt. LKW, die Fahrzeuge zu Autohäusern bringen, parkten zum Entladen teils auf dem Grünstreifen, teils auf dem Radweg, manchmal sogar komplett auf dem Radweg. Das solle nicht sein. Hier solle seitens der Stadt das Gespräch mit dem Inhaber des Autohauses gesucht werden. Auf die Parkplätze für seine Mitarbeiter verzichte dieser. Das Be- und Entladen im Verkehrsraum, auf dem Fahrradweg solle jedoch nicht toleriert werden.

**Beschluss:**

**Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Personalstellplätze Firma Heisel“ im Stadtteil Besseringen der Kreisstadt Merzig wird aufgehoben.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

- 
- 6 **Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung und Behandlung des Ergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2019** **2020/557**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Johannes Weiten (Grüne) lobt die Arbeit der Verwaltung als sehr gut und ordentlich. Er weise jedoch nochmals darauf hin, dass man ein Problem mit dem Wertstoffhof wegen der verursachten Kosten habe. Es müsse über Zahlen diskutiert werden, die er aktuell bekommen habe. Dabei sei das Verursacherprinzip begrenzt. Man habe dort bestimmte Fraktionen im Wertstoffhof, z.B. die Fraktion Altholz habe im letzten Jahr Kosten verursacht

in Höhe von 90.000 €. Die gesamten Einnahmen des Wertstoffhofes, Nutzungsgebühr und Entgelt aus dem Verkauf von Wertstoffen, lagen nur bei 75.000 €.

Alleine diese Summe reichte nicht aus, um die Kosten der einen Fraktion abzudecken. Dieses Jahr, basierend auf den Prognosen, die durch die Zahl der Anlieferungen erstellt wurden, werde dieser Unterschied noch größer, schätzungsweise 100.000 € für die Fraktion A 3 und Einnahmen von 80.000 €. Da hätte man schon die Differenz. Das Verursacherprinzip sei komplett ausgehebelt. Man könne natürlich die Kosten immer wieder querfinanzieren über die Erhöhung der Kosten der einzelnen Verwiegunen, der Gewichte, des Aufwands.

#### **Beschluss:**

Der Jahresabschluss des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019 wird festgestellt. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Gewinn in Höhe von 56.866,75 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 1.247.152,98 €. Den Erträgen in Höhe von 2.493.497,25 € stehen Aufwendungen in Höhe von 2.436.630,50 € gegenüber.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

---

**7 Feststellung des Jahresabschlusses des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019** **2020/590**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Johannes Weiten (Grüne) erklärt, grundsätzlich sei die Arbeit der Verwaltung hervorragend. Er weise aber auf bestimmte Zahlen hin, wie die Entwicklung war bzw. die Situation jetzt im Eigenbetrieb sei. Die Eigenkapitalquote sei unter 25% gefallen. Die Schulden insgesamt seien zurzeit 32 Mio. €. Die Zinsbelastung sei auf über 1 Mio.€ gestiegen. Die Gelder fehlten für Investitionen und man habe einen riesigen Investitionsstau. Kostensteigerungen, Ersatzinvestitionen, neue Investitionen usw. würden in der Regel immer über Fremdkapital abgewickelt. Er wisse, dass es da immer Diskussionen gebe und Meinungen anderer, ob das so richtig ist. Er finde den Weg falsch. Wenn man irgendwann mal eine andere Zinspolitik hätte, hätte man riesige Probleme. Man müsse im Bereich der Abschreibungen anders arbeiten.

#### **Beschluss:**

Der Jahresabschluss des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2019 wird festgestellt. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Verlust in Höhe von -21.514,89 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 47.370.152,52 €. Den Erträgen in Höhe von 8.341.319,87 € stehen Aufwendungen in Höhe von 8.362.834,76 € gegenüber.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0



Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man im Ausschuss vereinbart habe, dass alle Fraktionen ihre Vorschläge schriftlich einreichen. Dann sollte man im Ausschuss nochmals über die Vorschläge reden und abschließend im Stadtrat entscheiden. Es lägen noch nicht von allen Fraktionen Vorschläge vor, eingereicht hätten die Grünen, CDU und SPD. Die letzten Vorschläge seien in der vergangenen Woche eingegangen. Seitdem habe keine Ausschusssitzung mehr stattgefunden. Daher schlage die Verwaltung vor, wie man das auch im Ausschuss besprochen hätte, dass das Ganze nochmals im Ausschuss behandelt werden sollte, damit jeder die Möglichkeit hat, seine Vorschläge nochmals zu unterbreiten. So dass man dann im Stadtrat in der nächsten Sitzung abschließend beraten könne.

Ratsmitglied Santo (Grüne) betont, aus Sicht der Grünen hätte das Thema Spielplatz eine besondere Beachtung verdient, betreffe es doch das Interesse einer Altersgruppe der Bevölkerung, die hier nicht zu Wort kommen könne. Der Verwaltungsvorschlag sehe vor, den gestellten Antrag zunächst in den Fachausschuss zu verweisen. Sie sei der Meinung, man solle hier und jetzt abstimmen. Ob man auf die Vorgabe 1 Spielplatz pro 2.000 Einwohner verzichte und stattdessen den Bedarf gemäß der Bevölkerungsstruktur beachte. Ob alle Spielplätze um einen Kleinkindbereich erweitert würden. Ob alle Spielplätze als Nichtraucherbereiche deklariert würden. Ob alle Spielplätze eine attraktive Ausstattung erhielten und die Aufenthaltsqualität auch für Betreuungspersonen erhöht werde. Ob die Entscheidung über die Zukunft der Spielplätze den Ortsräten unter Beteiligung der Einwohner übertragen werde. Viele der Stadtratsmitglieder würden sich sicher noch an den ursprünglichen Zustand des Stadtparkes erinnern – vielleicht auch an die Schaukel, die vorhanden gewesen sei. Es hätte eine Kleinkind-Korbschaukel gegeben. Sie könne guten Gewissens behaupten, diese Schaukel sei der Hit gewesen für die Kinder. Zu Hochzeiten habe es eine lange Schlange gegeben, ein Kind wäre reingesetzt, ein paar Minuten geschaukelt und unter Tränen wieder herausgeholt worden, damit das nächste Kind hätte schaukeln können. So mancher schrieb eine E-Mail an die Stadt damals und habe darum gebeten, darüber nachzudenken eine zweite Kleinkindschaukel aufzubauen. Die Antwort sei gewesen: Die Kreisstadt Merzig unterhalte aktuell 50 öffentliche Spielflächen und sei bemüht, für alle Altersgruppen ein entsprechendes Angebot vorzuhalten. Es werde jedoch um Verständnis gebeten, dass es aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht möglich sei, auf jedem Spielplatz ein Spielgerät für jede Altersgruppe aufzustellen. Derzeit befände sich auf den aufgeführten Spielplätzen eine Schaukel für Kleinkinder: Merzig Stadtpark, Besseringen Windscheid, Bietzen Bergstraße, Schwemlingen Zum Spielplatz, Hilbringen Johann-Streit-Straße, Wellingen Lilienstraße. Verständnis habe man. Seien es jedoch die Kleinkinder, die die Spielplätze regelmäßig aktiv nutzten. Deshalb man im Antrag dafür plädiere, jeden Spielplatz, vor allem den im Stadtpark um einen Kleinkindbereich zu erweitern. Es solle nicht das Ziel sein, ins Auto zu steigen und zum nächsten Spielplatz zu fahren, wie es bereits viele ihr bekannte Eltern praktizierten. Viele würden sogar nach Orscholz oder Dillingen fahren, wo ein gut ausgestatteter und umzäunter Kleinkindspielplatz sei. Letztendlich solle man sich auch vor Augen führen, dass Familien mit Kindern ein nicht zu unterschätzender Kundenkreis für die innerörtliche Gastronomie und die Geschäfte seien. Ein gut ausgestatteter, sauberer und sicherer Spielplatz sei ein wochentag- und jahreszeitenunabhängiges Ausflugsziel. Deshalb sollten die Familien, Eltern, mit dem Ortsrat gemeinsam über die Zukunft der Spielplätze und deren Gestaltung entscheiden. Als Mutter zweier Kleinkinder könne sie versichern, dass es viele junge Familien mit guten Ideen und großem Engagement gebe. Im Rahmen der jährlichen Aktualisierung des Familienpasses könne man einen Fragebogen herausgeben, um anhand dessen konkrete Wünsche und Vorschläge zu sammeln. Oder man könne vielleicht sogar mit dem Geist der Zeit gehen und eine Online-Umfrage starten. Man sei hier als Stadtverordnete nicht dazu in der Lage hier und jetzt darüber zu entscheiden.

Ratsmitglied Borger (Grüne) führt aus, er sei selbst im Ausschuss gewesen und habe eine etwas andere Erinnerung. Es sei sogar von einem Teil der Ausschussmitglieder gedrängt worden, dass man mit diesem Spielplatzkonzept zu Ende komme. Der Vorsitzende sei es gewesen, - und die Grünen hätten dies unterstützt, weshalb sie auch direkt ihre Vorschläge unterbreitet hätten - der gesagt habe, die Fraktionen sollten sich bitte die Mühe machen und die Anträge für den Stadtrat formulieren. Das, was Ratsmitglied Santo eben vorgestellt habe, seien die grundsätzlichen Punkte der Fraktion. Da ginge es noch gar nicht darum, welcher Spielplatz erhalten oder welcher geschlossen werden sollte. Das sei eine ganz andere Frage. Hier ginge es um grundsätzliche Punkte, und er sehe keinen Grund, warum diese grundsätzlichen Punkte nicht im heutigen Gremium beraten und beschlossen würden. Er erinnere nochmals daran, die Ausschusssitzung sei nicht öffentlich und es ginge wirklich um ein öffentliches Thema für die Familien mit Kindern.

Der Vorsitzende antwortet darauf, dass daher der Vorschlag gemacht worden sei, über den Vorschlag der Grünen, über den bis dato noch nie in einem Ausschuss oder im Stadtrat diskutiert worden sei – er liege nämlich jetzt erst vor – zunächst im Fachausschuss, wie es üblich ist, zu sprechen. Damit man dann in der nächsten Stadtratssitzung öffentlich darüber diskutieren könne. Er weise an dieser Stelle auf die Historie hin, wie es zur Thematisierung der Spielplätze kam. Der Vorschlag sei nicht von der Verwaltung gekommen, sondern er sei im Jahr 2015 oder 2016 von Mitgliedern des Stadtrates gemacht worden. Damals habe es geheißen, man wolle attraktivere Spielplätze, weniger, aber attraktiver. Und als Verwaltung habe man die Aufgabe vom Stadtrat bekommen, sich über einen Schlüssel Gedanken zu machen, der vorgegeben worden ist, wie das Ganze aussehen könne. Das wäre dann der Vorschlag gewesen, der ausgearbeitet worden sei. Den habe man nochmals in die Fraktionen gebracht. Es habe dann sehr lange gedauert, bis man sich erneut mit dem Themenfeld befassen konnte, weil es keine Rückmeldungen gegeben habe. Die Verwaltung sei aber immer auf das Spielplatzkonzept angesprochen worden. Man warte nun seit vier Jahren darauf. Die Vorschläge, die seitens des Antragstellers nun gemacht worden seien, seien dem Vorsitzenden erst seit wenigen Tagen bewusst. Die habe er bisher auch nicht gekannt. Die übrigen Fraktionen hätten teils erst vergangene Woche ihre Vorschläge gemacht. Daher werbe er dafür, dass man darüber nochmals im Ausschuss spreche, wo man dies vorher beraten könne. So dass man in der nächsten Stadtratssitzung darüber diskutieren könne. Vielleicht gäbe es ja auch Zustimmung für den einen oder anderen Punkt, der vom Antragsteller hier vorgetragen worden sei.

Ratsmitglied Borger (Grüne) erklärt, der Vorschlag des Vorsitzenden sei überdenkenswert. Er habe auch immer in den Sitzungen gesagt, man müsse weg von den Zahlen: 1 Spielplatz pro 2.000 Einwohner. Das sei in den Niederschriften nachzulesen. Er habe immer gesagt, man brauche einen bedarfsgerechten Plan. Man brauche attraktive Spielplätze für alle Altersgruppen. Es sei nicht so, dass dies nun wie Phönix aus der Asche kam. Es sei alles schon lange bekannt. Natürlich habe man sich auf Vorschlag des Vorsitzenden hingestellt und überlegt, welche aktuellen Punkte jetzt aufgeführt werden sollen. Was damals nicht bekannt war: Man wusste, dass der Spielplatz im Stadtpark etwas erneuert wird, aber es hätte die Fraktion z.B. gefreut, wenn da auch ein Kleinkindspielbereich gewesen wäre. Die Verwaltung habe Bescheid gewusst, was die Grünen von Anfang an wollten.

### **Beschluss:**

In der Sitzung des Fachausschusses wurden alle Fraktionen gebeten, ihre Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche schriftlich mitzuteilen, damit in der nächsten Sitzung des Fachausschusses diese Punkte vorher beraten werden können. Die abschließende Diskussion soll in der dann anschließenden Stadtratssitzung erfolgen.

Daher verweist der Stadtrat den Antrag zunächst in den Fachausschuss.

## Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	6	0

---

**9 Verkauf von Grundstücken mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald" im Stadtteil Besseringen, erneutes Interessenbekundungsverfahren** **2020/619**  
ungeändert beschlossen

Wie der Vorsitzende mitteilt, habe es zwei Interessenten gegeben. Man habe dem Stadtrat ja auch mitgeteilt, dass aus beiden Angeboten nichts geworden sei, aus unterschiedlichen Gründen. In der Zwischenzeit hätten jedoch weitere Interessenten vorgeschrieben. Allerdings nachdem das ursprüngliche Interessenbekundungsverfahren abgelaufen sei. Die Interessenten hätten der Stadt signalisiert, dass sie die Immobilie erwerben und entsprechend weiterentwickeln wollten. Von daher schlage die Verwaltung vor, dass nochmals neu ausgeschrieben werden solle.

Ratsmitglied Ripplinger (CDU) greift das Gesagte des Vorsitzenden auf und ergänzt, die Interessenten, die sich nach Ende des Verfahrens gemeldet hätten, seien aus dem Bereich Altenpflege und Hotel. Sie hätten nachgefragt, ob die Immobilie noch zur Verfügung stehe. Unverbindliche Besichtigungen seien bereits durchgeführt worden, auch in den letzten Monaten. Das bestehende Interessenbekundungsverfahren solle nun beendet und ein neues mit den ursprünglichen Rahmenbedingungen neu in Gang gesetzt werden. Die Verkürzung der Ausschreibungsfrist von 6 auf 3 Monate werde von Seiten der Verwaltung als ausreichend erachtet. Das alte Verfahren mit 6 Monaten sei nach Aussage der Verwaltung zu lange gelaufen. Die Investoren wollten lieber eine schnelle Entscheidung, ob sie loslegen könnten. Denn das weitere Verfahren mit allem, was dazugehört, dauere in der Regel doch mindestens ein Jahr. An den bereits in 2019 vorgesehenen Nutzungsmöglichkeiten solle festgehalten werden. Ausgeschlossen seien weiterhin reines Wohnen, Vergnügungsstätten, eine Diskothek, sowie Einrichtungen jeglicher Art, die den Charakter von Nachtlokalen oder ähnlicher Art haben. Nach Auskunft der Verwaltung befinde sich die Bausubstanz in einem guten Zustand, d.h. der Keller sei trocken, das Dach sei dicht. Das seien so die wesentlichen Punkte. Der vorgeschlagene Mindestkaufpreis sei im Ausschuss hinreichend erläutert worden. Er scheine auch sachgerecht. Festzuhalten sei nur noch, dass der äußerliche Zustand des Hauses in jedem Jahr des Leerstands schlechter werde. Neben Vandalismus, und da sei es in den vergangenen Tagen wieder dazu gekommen mit ordentlichen Schäden im Gebäude, seien auch regelmäßig Schäden zu verzeichnen, die entstehen, wenn Personen auf der Suche nach „Lost Places“ gewaltsam ins Haus eindringen würden. Eines wolle er als Ortsvorsteher von Besseringen klar ausdrücken: Das Haus Sonnenwald solle und dürfe kein Lost Place sein. Die zugelassenen Nutzungsarten böten viele interessante Nutzungsmöglichkeiten, um diesen Standort in Zukunft zu nutzen. Für die CDU-Fraktion signalisiere er Zustimmung zu einem neuen Interessenbekundungsverfahren und hoffe, dass das Haus Sonnenwald in seiner einzigartigen Lage einer neuen Verwendung zugeführt werde.

Ratsmitglied Borger (Grüne) betont, das Haus Sonnenwald sei etwas gewesen, was Besseringen wirklich ausgemacht habe. Das Haus Sonnenwald habe einen wesentlichen Teil dazu ausgemacht, dass sich Besseringen auf sein Prädikat „staatlich anerkannter Erholungsort“ berufen konnte. Deshalb begrüße die Grünen-Fraktion auch alles, was dort gemacht wird, was dem Ort dient. In den Vorberatungen – man habe das Konzept leider nicht gesehen, man vertraue da aber auf die Verwaltung – sei gesagt worden, dass ein Angebot sehr inno-

vativ gewesen sei, was dann leider nicht zustande gekommen sei, weil der Interessent nicht mehr auffindbar gewesen sei. Eine Frage beschäftige ihn jedoch immer, daher habe er die Frage bereits im Ausschuss gestellt. Das Haus Sonnenwald sei gebaut worden zur Unterbringung von Kriegsvertriebenen. Es habe umfangreiche Zuschüsse vom Land gegeben, und er frage heute erneut: Was müsste die Stadt Merzig eventuell an das Land zurückzahlen? Da die Zuschüsse unter der Prämisse der Zweckbindung zur Unterbringung von Kriegsvertriebenen geflossen seien. Daher würde ihn interessieren, bei 500.000 € auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, ob man dann, was er nicht wisse, 300.000, 400.000 € zurückzahlen müsse. Deswegen frage er nochmals, ob man als Stadt Geld zurückzahlen müsse. Hier könne es doch nicht schwer sein eine Antwort zu finden, zumal die Stadt gute Kontakte zum Innenministerium habe.

Der Vorsitzende erklärt, wie er die Antwort auch bereits im Ausschuss gegeben habe, es habe damals Zuschüsse gegeben, das wisse Ratsmitglied Borger, darüber habe man informiert, vom Land. Es sei auch klar, dass die Stadt, wenn sie das Gebäude nach einer gewissen Zeit verkaufe, und zwar vor einer Sperrfrist, dann die Kosten in Teilen zurückzahlen müsse. Wie hoch diese sein werden, könne er aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Da dies auch davon abhängen, zu welchem Zeitpunkt der Kaufvertrag geschlossen werde. Fakt sei auch, dass man dann die Gespräche mit dem Land führen werde. Denn es sei so gewesen, dass dort auch Minderjährige untergebracht waren, was entsprechend im Sinne der Stadt berücksichtigt werden solle. Aber er könne zum heutigen Zeitpunkt keinen Betrag nennen.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) bezieht sich in seiner Nachfrage auf die vom Vorsitzenden erwähnten Sperrfristen. Diese seien doch zeitlich festgelegt. Ob es möglich wäre, eine Auskunft zu geben, wann diese Sperrfrist endet? Frau Schmitt sei in einem Arbeitskreis im sozialen Bereich aktiv und habe angeregt, dass im Saarland im Bereich Frauenhäuser, also Schutz für Kinder und Frauen, was getan werden solle. Er rege an, dies in das Konzept mit einzubringen. So wäre es vielleicht möglich, mit dem Land eine Einigung herzustellen. Weil er denke, auch dieses Gebäude wäre für solche Zwecke „Frau und Kind Haus“, die gefährdet sind, dort unterzubringen, geeignet.

Der Vorsitzende bestätigt, dass man dies gerne tun könne. Er könne aber auch sagen, dass die Stadt bereits im Vorfeld, als diese Immobilie angeboten worden sei, mehrere Gespräche geführt hätte: Gespräche mit Land, mit dem einen oder anderen Krankenhausträger, im Bereich Erholungsunterkünfte. Man greife das gerne nochmals auf, um weiterhin in Gesprächen mit dem Land Möglichkeiten zu eruieren. Dazu sei die Arbeitsgruppe vielleicht auch dienlich, eine Lösung zu finden. Er meine, die Sperrfrist betrage 10 Jahre. Es müsse natürlich das Interesse sein, dass der Anteil, den die Stadt zurückzahlen müsse, so gering wie möglich sei. Er hoffe, dass sich da alle einig seien.

*Antwort der Verwaltung: Mit Bescheid vom 09.09.2016 wurde durch das Ministerium für Inneres und Sport eine Zuwendung i.H.v. 275.000 € für den Erwerb des ehemaligen VdK-Erholungsheims (Haus Sonnenwald) zur Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Flüchtlingen gewährt. Die Zweckbindungsfrist beträgt für die Maßnahme 10 Jahre. Die Rückzahlung des Zuschusses, dem Grunde und der Höhe nach, wird verbindlich mit dem zuständigen Ministerium abgeklärt, wenn der Verkauf der Immobilie die finale Phase erreicht.*

### **Beschluss:**

Der Stadtrat hebt das mit Beschluss vom 12.06.2019 in Gang gesetzte Interessenbekundungsverfahren des ehemaligen VdK-Heimes „Haus Sonnenwald“ auf.

Gleichzeitig beschließt der Stadtrat, dass die Grundstücke in der Gemarkung Besseringen, Flur 2 Nr. 640/3, Waldfläche, Auf Armenberg, groß 10,41 Ar, Flur 2 Nr. 642/72, Gebäude- und Freifläche, Zum Sonnenwald 61, groß 79,77 Ar und Flur 2 Nr. 636/2, Gebäude und Frei-

fläche, Waldfläche, Zum Sonnenwald, groß 44,62 Ar mit den aufstehenden Gebäulichkeiten „ehemaliges VDK\_Heim Haus Sonnenwald“ im Interessenbekundungsverfahren zu einem Mindestkaufpreis von 500.000 € zu den in dem Bekanntmachungstext dargestellten Kriterien öffentlich in den einschlägigen Medien erneut zum Erwerb angeboten werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	2

---

### 10 Schaffung der Stelle einer stellvertretenden pädagogischen Gesamtleitung für die Kindertagesstätten im Vorgriff auf den Stellenplan 2021

2020/571  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Schmitt (CDU) bestätigt, dass die CDU-Fraktion die Vorlage begrüßt, die sehr gut begründet sei. Sie denke, dass sie nicht nur Konsens in der CDU-Fraktion sei. Ein wichtiges Leitbild der Kommunalpolitik sei die familienfreundliche Stadt Merzig. Dementsprechend sei viel getan worden für die Qualität und Anzahl der Betreuungsangebote für Kinder im Krippen- bis zum Grundschulalter. Dazu gehöre zum einen das Bauen, Gestalten und Unterhalten der notwendigen Gebäude entsprechend der heutigen Anforderungen. Zum anderen sei fast noch wesentlicher, ein hochwertiges pädagogisches Angebot bereitzustellen. Jedes Kind habe ein Recht auf Bildung und Erziehung, das sei leicht gesagt und schwer erreicht. Kindertageseinrichtungen seien heute für die meisten Familien in ihrer vielfältigen Form die Voraussetzung dafür, Familie und Beruf überhaupt vereinbaren zu können. Andererseits sind auch Unternehmen darauf angewiesen, dass ihnen das Fachpersonal auch zur Verfügung stehen kann. Das Leben in der Gemeinschaft lernten Kinder heute meist nicht mehr zuhause, sondern in der Kindertageseinrichtung. Und die Kindertageseinrichtungen seien ihrerseits mitten in der Stadt, in den Stadtteilen ein wesentlicher Teil des Gemeinwesens und auch des gesellschaftlichen Lebens. Man brauche heute keine Kinderverwahranstalten mehr. Die fachlichen Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher spiegelten diese gesellschaftliche Entwicklung wider. Leitbild, Konzeption, Qualitätsmanagement, Evaluation und regelmäßige Fortbildung und Fortentwicklung gehörten heute dazu. Dass die Stelle einer Gesamtleitung geschaffen worden sei, sei ein wichtiger Beitrag in diesem Prozess gewesen. Die Gesamtleitung sei eine zentrale und wesentliche Stelle, sowohl für die Gesamtheit der städtischen Einrichtungen, als auch für die interkommunale Zusammenarbeit zur Qualitätssicherung. Eine ihrer zentralen Aufgaben sei das Informationsmanagement. Das höre sich leicht an, sei aber eine der herausforderndsten Aufgaben, wie jeder wisse, der damit zu tun habe. Sie vermittelten zwischen Eltern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen, der Grundschulen, der Verwaltung, und auch der Kontakt zu uns, zu den städtischen Gremien, gehöre zu den Aufgaben dazu. Diese Kommunikation müsse immer gewährleistet sein. Das habe man gerade gemerkt zu Zeiten von Corona, als es für jeden sehr wichtig gewesen sei zu wissen, wie ist jetzt der aktuelle Stand, ist die Einrichtung geöffnet, wer darf kommen, wer muss zuhause bleiben, wie wird es geregelt. Diesen Herausforderungen seien die Einrichtungen und auch die Gesamtleitung sehr gut gerecht geworden. Dafür vielen Dank! Auch für das besondere Engagement in dieser Zeit. Die Aufgabe als städtisches Gremium sehe man darin, die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen zu gewährleisten und dazu beizutragen. Daher begrüße die CDU-Fraktion die interne Ausschreibung und sehe die Stelle als unbedingt notwendig an.

Ratsmitglied Holzner (SPD) schließt sich den Worten der Vorrednerin an. Sie habe vielfältig beschrieben, wie viele Aufgaben Frau Holfeltz in der Stadt zu erledigen habe. Der Dank der



SPD-Fraktion gelte auch den pädagogischen Mitarbeitern in den städtischen Kindertageseinrichtungen.

Diese hätten gerade jetzt in der Corona-Zeit richtig viel geleistet und deshalb auch die Bitte der SPD-Fraktion, die sie auch nochmals wiederholen will, wie im Ausschuss, die Stelle möglichst schnell zu besetzen. Möglichst zu schauen, dass man vielleicht ab Januar, Februar schon jemand hätte. Die Corona-Zahlen würden gerade wieder steigen und sie glaube Frau Holfeltz könne gut Unterstützung brauchen.

Der Vorsitzende bestätigt dies, es sei viel zu tun im Fachbereich. Von daher könne man eine schnellstmögliche Unterstützung gebrauchen.

Ratsmitglied Borger (Grüne) erläutert, dass sich die Grünen-Fraktion seit Jahren immer schwer tut mit neuen Stellen, mit Personaleinstellungen. Man habe damals gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen Auftrag gestellt zu prüfen, was die Verwaltung tun muss, was sie tun kann und was an Personal benötigt wird. Die CDU sei sogar noch einen Schritt weitergegangen und habe einen Einstellungsstopp erlassen, bis die Zahlen dann vorliegen würden. Das hätten die Grünen damals mitgetragen. Nichtsdestotrotz, das wisse auch die Verwaltung, unterstütze man Stellen, die nachweislich notwendig sind, im Bereich Bildung, Jugend, natürlich auch Umwelt und Klima. Das sei auch in Zukunft angesagt, da dort die Stadt Merzig Bedarf hat. Das seien Stellen, von denen man sage, das sei Zukunft, das werde man unterstützen. Merzig gehöre zu den höchst verschuldeten Städten im Saarland. Dafür trage nicht der Bürgermeister die Verantwortung, dafür sei eigentlich niemand verantwortlich, weil man sich damals Dinge geleistet habe, die einem heute schwer in den Knochen lägen. Er denke z.B. auch an DAS BAD, das ja viele öffentliche Mittel verschluckt habe. Das sei eben da, das heiße, diese Last werde einen auch weiter beschäftigen. Deswegen erneut der Appell, auch an die CDU-Fraktion, die damals so euphorisch in diesem Bereich mit den Grünen an einem Strang gezogen habe, in Zukunft wirklich – und dann spare man Geld – wenn man wirklich Dinge, die man nicht machen müsse, daraufhin prüfe, ob man das machen soll. Dass man wirklich nochmal überlegen sollte in der heutigen Zeit, was für die Verwaltung wichtig sei. Da seien auch die Vorschläge richtig, die der Bürgermeister mit seinem Team immer wieder in die Personalkommission einspeise. Dass man dies auch im Auge behalten müsse und nicht des Einstellens wegen immer die Hand hebe. Diese Stelle hier finde aber die ausdrückliche Zustimmung der Grünen-Fraktion.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es richtig sei, dass die Stadt verschuldet sei. Da gäbe es auch nichts schön zu reden. Aber man sei nicht mit am meisten oder am höchsten verschuldet.

### **Beschluss:**

Die Stelle einer stellvertretenden pädagogischen Gesamtleitung für die Kindertagesstätten wird im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 geschaffen. Die Vergütung erfolgt nach der Entgeltgruppe S 15 TVöD.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

---

## **11 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Ratsmitglied Santo (Grüne) bezieht sich auf eine Äußerung am 27.02.2020, als sie vor dem Stadtrat erstmals über den Zustand des Basketballplatzes an der Katholischen Kita GmbH in der Straße „Zum Wiesenhof“ informierte. In der Niederschrift stehe sogar: Sie rege eine Überprüfung und gegebenenfalls Instandsetzung an. Sie habe auch nach einiger Zeit keine Rückmeldung erhalten. Deshalb habe sie das Thema am 18.06.2020 erneut in der Sitzung aufgegriffen. Daraufhin habe sie eine Antwort erhalten, die sie auszugsweise wiedergebe: „Im März hat bereits ein Termin mit dem Herrn von der Gartenbaufirma stattgefunden. Bei diesem Termin wurde festgestellt, dass die geringfügigen Abweichungen innerhalb der Ebenheitstoleranzen für Asphaltflächen liegen. Der Termin fand kurz nach einem Regenereignis statt, und bei diesem Treffen waren keine Pfützen mehr sichtbar. Die Fläche ist, soweit dies für eine Asphaltdecke möglich ist, wasserdurchlässig und mit einer geringen Neigung wegen der Bespielbarkeit des Feldes hergestellt worden. Aus Sicht des Architekten ist die Asphaltfläche korrekt ausgeführt worden und der ursprüngliche Zustand vor Baubeginn ordnungsgemäß wieder hergestellt worden. Er ist sich sicher, dass das Spielfeld bei Starkregen auch nicht für Spielzwecke genutzt wird. Der zuständige Fachbereich 312 Hochbau hat heute die Daten von der Gartenbaufirma Demmer gegeben und zusätzlich um eine fachliche Stellungnahme seinerseits zu diesem Thema gebeten.“ Dies sei für sie der Moment gewesen, dass sie sich fachliche Hilfe zur Seite genommen hätte. Vor Ort habe sie sich mit einem ihr gut bekannten Bauingenieur, der sogar Mitglied in der Ingenieurkammer Saarland sei, - er könne heute nicht anwesend sein, aber sie danke Herrn Temmes herzlich – getroffen. Mit ihrer Assistenz habe Herr Temmes vor Ort eine Bestandsaufnahme des Platzes gemacht. Sie gebe einige Äußerungen von ihm wieder: „Der Platz ist nicht rechteckig, eine Seite ist breiter als die andere. An einigen Stellen ist das Gefälle von außen nach innen, so dass sich das Wasser in der Mitte des Platzes sammelt, anstatt nach außen hin abzufließen. Es handelt sich nicht um WDA = wasserdurchlässige Asphaltdecke.“ Während der Vermessung seien sogar einige Anwohner gekommen und hätten sich erkundigt, ob der Platz nun doch noch korrigiert würde. Nachdem Herr Temmes die Bestandsaufnahme fertig gehabt hätte, hätte sie nach Rücksprache mit ihm bei Bürgermeister Hoffeld um den Bestandsplan und das dazugehörige Protokoll gebeten. 4 Wochen später habe sie eine Antwort erhalten, von der sie die Kernaussage weitergebe: „Einsicht in die Akten hat die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister nach § 37 Abs. 1 KSVG dem Gemeinderat oder einem von dem Gemeinderat bestimmten Ausschuss oder einzelnen von ihm beauftragten Mitgliedern zu gewähren, wenn dies auf Beschluss des Gemeinderates oder auf Verlangen von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Anzahl des Gemeinderates erfolgt.“ Sie selbst gehe 10x pro Woche an diesem Platz vorbei. Die deutlich zu sehenden Wellen seien ihr ein Dorn im Auge, wenn man bedenke, dass dieser Platz aus Steuergeldern bezahlt wurde und wahrscheinlich in absehbarer Zeit saniert werden müsse. Natürlich werde er bei Starkregen nicht genutzt, wie es der Architekt auch schon vermutet habe. Sie habe den Eindruck, dass sich die Pfützen vermehren und tiefer würden. Sie frage sich, ob die Kreisstadt keine Gewähr auf Baumaßnahmen hat. Man müsse nicht vom Fach sein, um diese mangelhafte Arbeit mit bloßem Auge zu erkennen. Wenn etwas ordentlich gebaut werde, halte es länger. Der Platz werde gut angenommen und er solle nicht der Verwahrlosung überlassen werden. Sie bitte nun darum, abzustimmen, ob sie mit Herrn Temmes Einsicht in die Akte erhalte. Es würde sie freuen, wenn man sich vor Ort einen eigenen Eindruck machen würde, gerne auch in der nächsten Sitzung. Die Verwaltung bitte sie, ihr die Stellungnahme der Gartenbaufirma bereitzustellen.

Der Vorsitzende betont, es seien Richtlinien, Regeln und Gesetze, die er auch nicht aufgestellt habe, an die er sich aber auch halte. Dazu gehöre auch, wie man mit den Unterlagen der Verwaltung umgehe. Aus diesem Grund habe man ihr die Antwort so gegeben.

Er könne heute auch nicht über den Punkt abstimmen lassen, weil man jetzt beim Punkt Mitteilungen, Anfragen, Anregungen sei. Wenn ein solcher Antrag komme, hätte er zu Beginn der Sitzung gestellt werden müssen. Dann hätte der Stadtrat entscheiden können, ob der Punkt auf die Tagesordnung genommen werde oder nicht. Aus diesem Grund könne es auch nur so gehen, dass sie den Antrag für die nächste Stadtratssitzung einreiche. Dann könne darüber auch abgestimmt werden. Das sei dann auch regelkonform. Er biete aber unabhängig davon an, dass man einen Termin vor Ort mache, auch mit Herrn Gasper, der das

Schreiben vorbereitet habe. So dass man sich das anschauen könne und sie ihre Fragen stellen könne.

Ratsmitglied Auweiler (CDU) gibt eine Frage weiter, die an ihn gerichtet wurde. Es gehe um den Mitfahrerparkplatz auf der Hilbringer Seite.

Da scheine – er habe die Bilder auch gesehen und kann diese weitergeben – eine Beton-  
treppe nach oben installiert worden zu sein, wahrscheinlich um den Fußweg zur neuen Bus-  
haltestelle zu verkürzen. Er habe sich die Frage gestellt, wenn der Herbst und der Winter  
komme – er wisse nicht, wer zuständig ist -, ob man dort einen Handlauf installieren könne.  
Damit man in der Herbst- und Winterzeit nicht hintenherum laufen müsse. Wenn man ein  
Schild aufstelle „Bei Eis und Laub nicht betreten“, werde sie sicher trotzdem benutzt. Viel-  
leicht gäbe es da Möglichkeiten, um Abhilfe zu schaffen.

Ressortleiter Bies erklärt dazu, dass dies auch schon Thema der Bauabnahme gewesen sei,  
drei Wochen zuvor. Ein Handlauf werde noch installiert. Das habe die Stadt als Mangel an-  
gemeldet.

Ratsmitglied Borger (Grüne) geht auf das Wort „regelkonform“ ein, das bei einem vorigen  
Punkt seitens des Vorsitzenden geäußert wurde. Dies sei auch oft in Zusammenhang mit  
dem Kreisel zu lesen gewesen. Vielleicht solle man sich in Zukunft etwas mehr auf den ge-  
sunden Menschenverstand verlassen, als auf Regeln. Er setzte als bekannt voraus, dass die  
Grünen eine vorausschauende Politik machten. Das heißt, man beschäftige sich mit Zu-  
kunftsthemen und wühle nicht in der Vergangenheit. Würde man letzteres tun, müsse er auf  
die alleinige Verantwortung der GroKo zum Kreiselnrückbau verweisen. Er müsse auch dar-  
legen, dass es die GroKo gewesen wäre, die das Bürgervotum nicht interessiert habe und eine  
Einwohnerbefragung abgelehnt habe. Zuletzt müsse er der CDU Realitätsverweigerung vor-  
werfen, denn nichts anderes bedeute der jüngste „Mimimi-Artikel“ in der Saarbrücker Zei-  
tung. Doch er wolle zur neuen Verkehrsführung mitteilen: Entweder habe der Gutachter kein  
Gutachten, sondern ein „Schlechtachten“ vorgelegt oder der LfS habe etwas anderes reali-  
siert, als das, was vom Gutachter vorgeschlagen wurde. Fakt sei, man habe einen millionen-  
schweren Schildbürgerstreich vorgesetzt bekommen, der zugleich eine massive Gefährdung  
aller Verkehrsteilnehmer bedeute. Er habe es selbst auf der Fahrt nach Merzig wieder erlebt.  
Genau davor habe er in der Vergangenheit immer wieder gewarnt. Nicht genug, das Ver-  
kehrschaos sei zu Verkehrsspitzenzeiten schlimmer als zu Zeiten des Kreisels, jeder könne  
sich selbst einen Eindruck verschaffen. Jetzt gebe es ein paar neue Lichtsignale und man  
meine, die Sache sei damit ausgestanden. Die Grünen sagten nein, die Sache wäre über-  
haupt nicht ausgestanden. Deshalb überreiche man heute einen Antrag an die Verwaltung,  
mit dem Ziel, Regressansprüche entweder gegen das Gutachterbüro oder das Land, hier  
den LfS zu prüfen. Sollte es der grobe Fehler des Gutachters sein, müsse das Land Re-  
gressansprüche gegen den Gutachter prüfen. Der Stadt sei durch diesen Schildbürgerstreich  
massier Schaden zugefügt worden und der Steuerzahler zahle einmal mehr die Rechnung.  
Man lasse nicht locker, bis die Verantwortlichkeit für diesem Desaster geklärt sei. Keiner  
könne sagen, er hätte es nicht gewusst. Man habe seit Jahren genau auf das hingewiesen,  
was nun eingetreten sei – nachzulesen in den Niederschriften der Sitzungen.

Der Vorsitzende erklärt, man warte das Schreiben ab, das Ratsmitglied Borger abgebe und  
leite dies entsprechend weiter. Die Stadt habe einen Termin mit dem LfS und dem Landkreis  
gehabt, dazu habe die Stadt eingeladen. Man habe auch mitgeteilt, was aus Verwaltung-  
sicht verändert werden solle. Man habe auch die Polizei und den ADFC dazu gebeten, die  
ebenfalls aus ihrer Sicht Dinge mitgeteilt und Vorschläge unterbreitet hätten. Einige Verän-  
derungen seien umgesetzt worden, weitere Vorschläge würden geprüft bzw. sollten umgesetzt  
werden. Man bleibe da als Stadt Merzig dran. Er könne aber auch nicht sagen, da man nicht  
Herr des Verfahrens sei, in welchem Zeitrahmen das alles passiere. Man wolle das natürlich  
schnellstmöglich und hacke da auch permanent nach. Er wisse, dass es von Seiten der  
Stadt nicht nur Schreiben gibt, sondern auch mehrere Anrufe. Man werde den von der Grün-  
en-Fraktion abgegebenen Antrag prüfen. Er wolle jedoch sagen, da er auch mitbekommen



habe, wie teilweise diskutiert werde, die Frage, über die der Stadtrat vor vielen Jahren diskutiert habe, habe weniger gelautes: Kreisel oder Ampel bzw. Kreuzung. Es sei die Frage nach dem Turbokreisel gewesen, der entsprechend auf der Agenda gestanden habe. Das sei eine andere Form von Kreisel gewesen, als der, den man hier gekannt habe.

Das sei der Punkt. Jetzt über den Kreisel zu sprechen, sei das eine. Aber es sei damals um einen Turbokreisel gegangen.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) weist darauf hin, dass die ganze Konzeptierung von Hilbringen aus seiner Meinung nach beschissen ausgeführt sei. Der Vorsitzende habe gesagt, die Mängel seien für den LfS erkennbar und würden geändert. Er sage mal eine Zahl: Alleine im Wegführungsbereich, in der Gestaltung, Beschilderung und Ampelsteuerung im Bereich Hilbringen bis zur Saarbrücke habe er allein schon 24 größere Mängel festgestellt. Der Vorsitzende kenne die Situation – und er schätze ihn auch so ein, dass er so bald wie möglich mit seinem Druck eine Verbesserung bewirke. Denn er sage, ein Fahrradweg, also ein Weg, der befahren werden könne von einem Fahrrad, sei dort nicht mehr möglich. Da sollten alle lieber ihr Fahrrad schieben. Er habe noch eine Bitte – die liege zwar nicht im Bereich des Vorsitzenden – die die Deutsche Bahn betreffen. Es gehe um einen Parkplatz, der habe eine Ausfahrt. Wer die nutze, habe demnächst einen Achsenbruch. Es wäre schön, wenn die Kreisstadt dort mal nachfragen könne, ob dieser Schaden behoben werden könne. Damit dort kein schwerer Unfall passiere.

Ratsmitglied Schuh (FWM-/ FDP-Fraktion) fragt ebenfalls zur Kreuzung: Die Tatsache, dass dort jetzt 2 Blinkleuchten nachinstalliert worden seien, lasse ihn darauf schließen, dass es bei der Lösung bleibe, dass in zwei Richtungen grünes Licht gegeben werde, einmal für die Radfahrer und einmal für die Rechtsabbieger. Er fragt, ob man über diesen Punkt nicht nachdenke?

Ressortleiter Bies erklärt, dass Rechtsabbieger und Fußgänger, die die Fahrbahn kreuzen, zur ungefähr gleichen Zeit Grün hätten, sei eine Standardregelung an Kreuzungen. So befinde sich z.B. im Bereich des Rathauses genau die gleiche Lösung. Wenn man aus der Tiefgarage herausfahre und nach rechts abbiege in die Brauerstraße, habe man genau das Gleiche. Die Ampel sei an der Rieffstraße etwas früher geschaltet für die Fußgänger und Radfahrer, so dass die Fußgänger und Radfahrer die Möglichkeit hätten, in den Straßenraum hinein zu gehen, bevor der Auto- bzw. LKW-Fahrer losfährt. Man habe in dem Termin, von dem der Vorsitzende eben gesprochen habe, dem LfS mitgegeben, zu prüfen, ob man diese vorzeitige Schaltung für Fußgänger und Radfahrer noch verlängern könne. Das sei Teil der Prüfung. Aber, dass der Rechtsabbieger und der Fußgänger zur gleichen Zeit Grün hätten, sei eine Standardregelung, die es an fast allen Kreuzungen gebe, und auch in Merzig seit mehreren Jahren problemlos funktioniert.

Ratsmitglied Schuh (FWM-/ FDP-Fraktion) erwidert, er halte diese Regelung an dieser Stelle für völlig falsch. Es sei ein abschüssiger Weg für den Radfahrer und er verlasse sich auf das grüne Licht. Leider habe man erfahren müssen, wozu dies geführt habe. Dann habe er noch eine Anfrage zur Nordumfahrung Merzig als Teil der Nordsaarlandstraße gestellt.

Der Vorsitzende zieht die Beantwortung dieser Frage vor und erklärt, man habe in den letzten Monaten mehrfach in Saarbrücken nachgehakt und Informationen einholen wollen. Man habe aber bis jetzt keine abschließende Rückmeldung bekommen. Man habe aber das Schreiben des Ratsmitglieds Schuh zum Anlass genommen, um nochmals das Wirtschaftsministerium anzuschreiben mit der Bitte eine Rückmeldung zu geben, wie der aktuelle Stand sei.

Ratsmitglied Borger (Grüne) danke dem Bürgermeister für die Informationen und dass die Sache dort mit Nachdruck weiterverfolgt werde. Das glaube er auch. Der Vorsitzende könne sich da der Unterstützung der Grünen-Fraktion sicher sein. Zum Thema Anregungen gehe zuerst ein Dank an Herrn Klein und die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung, die ihm sehr

zeitnah Zahlen zur Verfügung gestellt hätten, um die nachfolgende Anregung zu begründen: „Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise, verursacht durch die Kriegshandlungen vor allem in Syrien, wurde in der Stadt Merzig Platz für rund 280 Kriegsvertriebene geschaffen. Aktuell sind in den Flüchtlingsunterkünften rund 210 Menschen untergebracht.

Dies bedeutet, dass Raum für weitere 70 in Not geratene Menschen aus den Kriegsgebieten vorhanden ist. Die Lage in den griechischen Flüchtlingslagern ist den meisten hier im Saal nur durch die Medien bekannt. Ich selbst konnte mir einen Eindruck von der Insel Lesbos verschaffen. Für jeden, der nur ein bisschen Nächstenliebe hat, ist eine solche persönliche Erfahrung kaum zu verarbeiten. Die Zustände in den überfüllten Lagern sind einfach nur menschenunwürdig und entsetzlich. Nun ist der Winter im Anmarsch und die Menschen, von denen die meisten alles verloren haben, und vor allem die Kinder sind menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt. Vielen Städten und Gemeinden in Deutschland ist dieses Leid nicht gleichgültig, sie haben sich öffentlich zur Aufnahme von notleidenden Menschen aus diesen Lagern bereiterklärt. Wir regen deshalb an, dass die Stadt Merzig auch dieses Zeichen der Nächstenliebe aussendet und sich heute zur Aufnahme von 70 Menschen aus diesen Lagern bereiterklärt.“

Der Vorsitzende dankt Ratsmitglied Borger und sichert zu, dass geprüft werden, wie das entsprechend möglich sei.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) bezieht sich erneut auf die Kreuzung und greift eine vorherige Aussage von Ressortleiter Bies auf, nach der beide Spuren, Fußgänger und Rechtsabbieger, immer beide Grün hätten. Das sehe er nicht so. Wenn man eine eigenständige Rechtsabbiegerspur habe, also nicht rechts und geradeaus, mache es keinen Sinn, beide als Grünphase laufen zu lassen. Bei einer Geradeaus-Rechtsabbiegerspur könne er das nachvollziehen, da ein bestimmter Fluss für Geradeausfahrer gewährleistet sei, aber nicht für Rechtsabbieger. Entweder habe man Grün oder Rot, das gelte für den Fußgänger als eindeutiges Kennzeichen.

Der Vorsitzende greift an dieser Stelle ein mit dem Hinweis, man sei hier beim Punkt „Mitteilungen, Anfragen, Anregungen“. Die Anfragen könnten gestellt werden, aber er bitte darum, da er merke, wie dann auch teilweise Unruhe sei im Saal, dass man von eigenen Meinungen entsprechend Abstand nehme. Da man hier nicht bei Punkten sei, die auf der Tagesordnung stünden. Er habe das durchgehen lassen, bitte aber darum, dass man sich für die Zukunft darauf verständige, bei diesem Punkt Fragen zu stellen. Die Verwaltung gebe dazu auch eine Rückmeldung. Aber dass nicht jeder noch anbringt, welche Empfindungen er dazu habe.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) berichtet, er habe am Samstag eine Kolumne einer SZ-Mitarbeiterin gelesen zu dem Thema. Er habe diese als sehr wohltuend, konstruktiv und zielführend gefunden. Wer sie nicht gelesen habe, solle sie lesen. Wenn sich alle darin wiederfinden würden, könnte man in Zukunft wieder positivere Signale senden.

Ratsmitglied Schuh (FWM-/ FDP-Fraktion) führt aus, er wolle seinen Redebeitrag von eben ergänzen, dass er anrege und bitte zu prüfen, ob es möglich wäre, diese Schaltung, wie sie jetzt sei, aufzuheben und nicht für zwei Fahrzeugkategorien grünes Licht zu geben.

*Antwort der Verwaltung: Es handelt sich wie in der Sitzung erläutert um eine Standardregelung bei signalgesteuerten Knotenpunkten und entspricht den Richtlinien. Die Anmerkung wird aber dennoch an den LfS als Träger der Maßnahme, verbunden mit der Bitte um Stellungnahme, weitergeleitet.*

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) erklärt, er habe mit viel Geduld den letzten Tagesordnungspunkt getragen. Dass sich die CDU-Fraktion nicht zu jedem Punkt äußere unter diesem Tagesordnungspunkt, sei nicht deshalb so, weil man wenig Empathie habe oder nicht genauso die Betroffenheit mit vielen hier teile. Sondern deshalb, weil man eine Geschäftsordnung verabschiedet habe. Er glaube nicht, dass man diese aufgehoben habe. Laut dieser

Geschäftsordnung gebe es einen Tagesordnungspunkt, und dieser Tagesordnungspunkt sei abgehandelt worden. Da sei die Grundsatzdiskussion über dieses Thema nicht vorgesehen. „Mitteilungen, Anfragen, Anregungen“ sei auf der Tagesordnung – er sei gerne bereit, wenn es nötig sei sogar in einer Sondersitzung, über diese inhaltlichen Themen zu reden. Aber dann bitte in einem geordneten Verfahren. So, wie es jetzt gelaufen sei, habe er sich die ganze Zeit gefragt, ob er bei einer Sitzung nicht anwesend gewesen sei, in der die Geschäftsordnung geändert worden sei.

Ratsmitglied Morbe (FWM-/ FDP-Fraktion) fragt an, ob man den Behindertenbeirat fragen könne, was er von der Sache hält?

*Antwort der Verwaltung: Im Rahmen der Planfeststellung hatte jede Institution, jede Interessenvertretung, Jedermann ausreichend Gelegenheit, sich zu den Planungen zu äußern. Dieses Angebot wurde trotz doppelter Offenlegung aller Planunterlagen nicht wahrgenommen. Da es sich nicht um ein Projekt der Kreisstadt Merzig handelt, müsste sich der Beirat direkt mit dem LfS in Verbindung setzen. Kontaktdaten können seitens der Verwaltung gerne bereitgestellt werden.*